

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

**Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021**

**und**

**Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Kommunales**

- 2. Lesung -

**Berichterstatterin:**

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

### **Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

**B. Beratung des Fachausschusses und des zuständigen Gremiums**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich in seiner 29. Sitzung am 7. Oktober 2021 und abschließend in seiner 30. Sitzung am 3. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 03 und empfahl dessen Annahme in der von ihm beschlossenen Fassung.

Die Parlamentarische Kontrollkommission billigte in ihrer 14. Sitzung am 2. November 2021 gemäß § 18 Absatz 1 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 den Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2022 für die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg (Kapitel 03 020 Titel 536 10) in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung.

**C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 03 in seiner 39. Sitzung am 22. November 2021 und in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An den Beratungen nahmen u. a. der Minister des Innern und für Kommunales, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales
- 3 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (davon zwei im Ausschuss für Inneres und Kommunales nicht behandelte Anträge),
- 11 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 9 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE,
- 7 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion und
- das Schreiben der Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission vom 2. November 2021, betreffend den Wirtschaftsplan für die beim Ministerium des Innern und für Kommunales angesiedelte Verfassungsschutzbehörde.

Der Minister des Innern und für Kommunales führte zu den Eckpunkten des Einzelplanes 03 aus. Er hob den moderaten Stellenzuwachs im Bereich der öffentlichen Sicherheit hervor, der auch ein weiterer Schritt zur Erreichung der von der Koalition vereinbarten Anzahl von 8 500 Polizeibediensteten im Jahr 2024 sei. Es gebe moderate Minderausgaben unter anderem durch die Verschiebung des EU-weiten Zensus und die Beschaffung von Dienstwagen.

Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit für Rückfragen. Anschließend stellten die Vertreter der Fraktionen deren Änderungsanträge im Allgemeinen vor, mit Verweis auf die ausführliche inhaltliche Beratung im Ausschuss für Inneres und Kommunales und die vorliegenden Antragsbegründungen.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion mit den größten Mehrausgaben zielten auf die Ausbringung zusätzlicher Mittel für Polizei (Personal, Ausrüstungsgegenstände) und Feuerwehr (Investitionsprogramm Feuerwehrinfrastruktur). Die Änderungsanträge mit den größten Minderausgaben hatten Kürzungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik sowie den Verfassungsschutz (Reduzierung der Kosten von V-Leuten bzw. verdeckt Informationsgebende) zum Gegenstand.

Die von dem Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Änderungsanträge sahen eine Rücknahme der im Haushaltsplanentwurf vorgenommenen Kürzungen unter anderem bei der Kriminalprävention und bei Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Waldbrandbekämpfung vor. Darüber hinaus zielten die Änderungsanträge auch auf eine Erhöhung der Mittel für die Freie Heilfürsorge sowie für die Unabhängige Geflüchtetenberatung.

Bei den vom Ausschussmitglied der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion eingebrachten Änderungsbeträgen wurden die beantragten zusätzlichen Mittel für die Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierungsstrategie hervorgehoben, da ansonsten die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gefährdet sei. Weitere Mittelerhöhungen wurden unter anderem für Retterprämien (Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen) sowie für die Unterstützung der Kommunen beim Brand- und Katastrophenschutz beantragt.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit.

Die drei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sind angenommen worden, zwei davon einstimmig.

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses, ergänzt um die Annahme der beiden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die dem mitberatenden Ausschuss noch nicht vorlagen. Damit werden dem Landtag zur Annahme in 2. Lesung hauptsächlich empfohlen:

- die Erhöhung des Landeszuschusses an den Landesfeuerwehrverband sowie
- die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen“ im Ministerium des Innern und für Kommunales.

Das Schreiben der Parlamentarischen Kontrollkommission vom 2. November 2021 nahm der Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Kenntnis.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

**Anlagen**

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales  
(ohne Anlagen)
- Anlage 6: Schreiben der PKK vom 02.11.2021

# **Beschlussempfehlung**

**des Ausschusses für Haushalt und Finanzen**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes  
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022  
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),  
Drucksache 7/4212**

## **Gesamtübersicht**

### **Einzelplan 03**

**Ministerium des Innern und für Kommunales**

| <b>Beträge in Euro</b>            |                             |   |                                   |
|-----------------------------------|-----------------------------|---|-----------------------------------|
|                                   | <b>Ansatz<br/>HG-E 2022</b> | <b>Beschlüsse<br/>des Ausschusses für<br/>Haushalt und Finanzen<br/>+/-</b> | <b>Neuer Ansatz<br/>HG-E 2022</b> |
| Gesamteinnahmen                   | 84.896.700                  | --  | 84.896.700                        |
| Gesamtausgaben                    | 851.678.200                 | --  | 851.678.200                       |
| Verpflichtungs-<br>ermächtigungen | 27.885.000                  | --  | 27.885.000                        |
| Stellen                           | 9.881,00                    | --  | 9.881,00                          |

| Kapitel/<br>Titel/<br>(Seite) | Zweckbestimmung | Ansatz<br>HG-E 2022 | Beschlüsse des<br>Ausschusses für Haushalt<br>und Finanzen<br>+/- | Neuer Ansatz<br>HG-E 2022 |
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|

**03 010**      **Ministerium des Innern und für Kommunales**

(S. 17)      HGr. 5: Sächliche Verwaltungsaufgaben, Ausgaben für  
den Schuldendienst

|                          |   |           |   |           |
|--------------------------|---|-----------|---|-----------|
| <b>546 15</b><br>(S. 21) | Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB | 1.262.900 | 0 | 1.262.900 |
|--------------------------|---|-----------|---|-----------|

**Erläuterungen (Änderung):**

|  | 2022<br>EUR    |
|--|----------------|
| 1. IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze                   | <u>478.100</u> |
| 2. IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze     | <u>7.200</u>   |
| 3. zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gemäß Ziffer 1. und 2. | 98.700         |
| 4. weitere Servicevereinbarungen                                   |                |
| a) Daten- und TK-Verbund - Anteil MIK                              | 27.700         |
| b) Landesverwaltungsnetz - Anteil MIK                              | 317.600        |
| c) Kommunikationsverbund - Anteil MIK                              | 95.500         |
| d) Sicherheitskonzepte   | 7.500          |
| e) Fachverfahren REHA/EBSY   | 35.200         |

| Kapitel/<br>Titel/<br>(Seite)   | Zweckbestimmung                  | Ansatz<br>HG-E 2022 | Beschlüsse des<br>Ausschusses für Haushalt<br>und Finanzen<br>+/- | Neuer Ansatz<br>HG-E 2022 |
|---|----------------------------------|---------------------|---|---------------------------|
|   | f) Webservice (MAIS 2.0 und CMS) |                     |   | 25.400                    |
|   | g) Signatur und Verschlüsselung  |                     |   | 7.000                     |
|   | h) Formularservice eGov          |                     |   | 1.000                     |
| 5.  | IT-Fortbildung MIK               |                     |   | 52.000                    |
| 6.  | DVDV - Fachverfahren             |                     |   | 110.000                   |
|   | <b>Summe</b>                     |                     |   | <b>1.262.900</b>          |
| <i>[Nachfolgende Erläuterungen in tabellarischer Form bleiben unverändert.]</i> |                                  |                     |   |                           |

**03 020      Allgemeine Bewilligungen**

(S. 41)      HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

|               |                        |            |                |                   |
|---------------|------------------------|------------|----------------|-------------------|
| <b>972 10</b> | Globale Minderausgaben | -2.500.000 | <u>-75.000</u> | <u>-2.575.000</u> |
| (S. 41)       |                        |            |                |                   |

| Kapitel/<br>Titel/<br>(Seite) | Zweckbestimmung | Ansatz<br>HG-E 2022 | Beschlüsse des<br>Ausschusses für Haushalt<br>und Finanzen<br>+/- | Neuer Ansatz<br>HG-E 2022 |
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|

**03 710      Brand- und Katastrophenschutz**

(S. 127)      HGr. 5: Sächliche Verwaltungsaufgaben, Ausgaben für  
den Schuldendienst

|                      |   |    |         |               |
|----------------------|---|----|---------|---------------|
| <b><u>526 30</u></b> | <b><u>Kritische Infrastrukturen</u></b> | -- | +50.000 | <u>50.000</u> |
| <b><u>neu</u></b>    |   |    |         |               |
| <b><u>045</u></b>    |   |    |         |               |

**Erläuterungen (neu):**

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle KRITIS (KOST KRITIS) werden die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um eine zielgerichtete und themenbezogene Befassung mit kritischen Infrastrukturen im Land Brandenburg zu ermöglichen. Zunächst steht die Erstellung und Fortschreibung eines Landeskongzeptes KRITIS sowie die Erarbeitung einer Landesstrategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sollen Gefahren- und Risikoanalysen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Betreibern erstellt werden.

(S. 128 ff.)      HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit  
Ausnahmen für Investitionen

| Kapitel/<br>Titel/<br>(Seite) | Zweckbestimmung | Ansatz<br>HG-E 2022 | Beschlüsse des<br>Ausschusses für Haushalt<br>und Finanzen<br><br>+/- | Neuer Ansatz<br>HG-E 2022 |
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|

|                           |  |         |                |                |
|---------------------------|--|---------|----------------|----------------|
| <b>685 12</b><br>(S. 130) | Landeszuschuss an den Landesfeuerwehrverband | 375.000 | <u>+25.000</u> | <u>400.000</u> |
|---------------------------|--|---------|----------------|----------------|

| Erläuterungen (Änderung):   |                 |                  |                  |
|---|-----------------|------------------|------------------|
| Übersicht über die institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes e. V. |                 |                  |                  |
| Ausgaben:   | Ist 2020<br>EUR | Soll 2021<br>EUR | Soll 2022<br>EUR |
| 1. Personalaufwand  | 0               | 388.000          | 398.00           |
| 2. sächliche Verwaltungsausgaben  | 0               | 343.700          | <u>309.700</u>   |
| 3. Projektausgaben  | 0               | 103.500          | 67.800           |
| 4. Ausgaben für Investitionen   | 0               | 0                | 0                |
| Zusammen:   | 0               | 835.000          | <u>775.500</u>   |
| Abzüglich Einnahmen:  | 0               | 0                | 0                |
| Mithin Zuwendungsbedarf:  | 0               | 835.000          | <u>775.500</u>   |
|   |                 |                  |                  |
|   |                 |                  |                  |

| Kapitel/<br>Titel/<br>(Seite)                          | Zweckbestimmung                 | Ansatz<br>HG-E 2022 | Beschlüsse des<br>Ausschusses für Haushalt<br>und Finanzen<br><br>+/- | Neuer Ansatz<br>HG-E 2022 |
|--|---------------------------------|---------------------|---|---------------------------|
| <b>Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:</b> |                                 |                     |   |                           |
|  |                                 | Ist 2020<br>EUR     | Soll 2021<br>EUR  | Soll 2022<br>EUR          |
| 1.   | eigene Mittel (Einnahmen)       | 0                   | 144.700   | 105.00                    |
| 2.   | Landeszuschuss Land Brandenburg | 0                   | 400.000   | <u>400.000</u>            |
| 3.   | Zuschuss Landesjugendring       | 0                   | 102.500   | 105.500                   |
| 4.   | Projektzuschüsse                | 0                   | 188.000   | 165.000                   |
| 5.   | Zuweisung für Investitionen     | 0                   | 0   | 0                         |
|  | Zusammen:                       | 0                   | 835.200   | <u>775.500</u>            |
| <i>[Nachfolgender Stellenplan bleibt unverändert]</i>  |                                 |                     |   |                           |

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt  
und Finanzen behandelten  
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 03

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg  
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

**Darstellung Änderungsanträge**

**Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales**

| Lfd. Nr. | Einbringer           | Kapitel | Titel  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)  | 2022 +/- Sonstiges                | Deckung aus +/-  | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|----------------------|---------|--------|-------|---|-----------------------------------|--|----------------|----------------|
| 1        | SPD, CDU, GRÜNE/ B90 | 03 010  | 546 15 | 21    | Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB   | Änderung Erläuterungen            | --   | --             | 7/0/4          |
| 2        | DIE LINKE            | 03 010  | 633 61 | 23    | Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Nachwuchsgewinnung (Beibehaltung der Mittel für die örtlichen Gremien bei der Kriminalprävention) | +3.000                            | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 3        | DIE LINKE            | 03 010  | 684 61 | 23    | Förderung von Maßnahmen der Kommissionen kommunaler Kriminalitätsverhütung und anderer örtlicher Gremien der Kriminalprävention   | +20.000<br>Änderung Erläuterungen | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel  | Seite      | Zweckbestimmung (oder Stichwort)  | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/-  | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|--------|------------|---|--------------------|--|----------------|----------------|
|          |            |         |        |            | (Erhöhung der Mittel auf dem Gebiet der Kriminalprävention)   |                    |  |                |                |
| 4        | AfD        | 03 020  | 536 10 | 35         | Verfassungsschutz (Reduzierung der Kosten für V-Leute bzw. verdeckt Informationsgebende)                                | -1.000.000         | --   | 4/11/0         | 3/7/1          |
| 5        | AfD        | 03 020  | 547 40 | 37         | Abschiebebeobachtung an dem Flughafen „Willy Brandt“ (Streichung der Kosten für „Abschiebebeobachter“)                  | -32.200            | --   | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 6        | BVB/FW     | 03 020  | 632 30 | 38 (37 f.) | Gemeinsame Projekte für Verkehrssicherheit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (Verkehrssicherheit) | +25.000            | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget           | 3/8/4          | 2/6/3          |
| 7        | AfD        | 03 020  | 633 42 | 39         | Fürsorge für Kriegsgräberstätten (Traditionspflege und Erinnerung)  | +30.000            | EP 03<br>03 020, 633 44<br>Fürsorge für Grabstätten der Deutschen Sinti und Roma | 4/11/0         | 3/8/0          |

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel   | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)   | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/-   | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|---------|-------|--|--------------------|---|----------------|----------------|
| 8        | AfD        | 03 020  | 633 43  | 39    | Fürsorge für sowjetische Gedenkstätten nach dem Deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrag (Einhaltung des deutsch-russischen Abkommens über Kriegsgräberfürsorge) | +50.000            | EP 03<br>03 020, 633 52<br>Erstattung für Aufwendungen nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 9        | AfD        | 03 020  | TGr. 73 | 45    | Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds (Investitionsprogramm Feuerwehrinfrastruktur erhöhen)  | +8.150.000         |   | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 10       | DIE LINKE  | 03 040  | 531 65  | 61    | Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung (Förderung von Informationsveranstaltungen zur Digitalisierung im kommunalen Bereich)                                       | +50.000            | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget                        | 3/8/4          | 2/6/3          |
| 11       | BVB/FW     | 03 040  | 633 65  | 62    | Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalisierung(sprojekte) (Unterstützung der Kommunen bei der   | +200.000           | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget                        | 3/8/4          | 2/6/3          |

| Lfd. Nr. | Einbringer           | Kapitel | Titel                  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)  | 2022 +/- Sonstiges                     | Deckung aus +/-  | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|----------------------|---------|------------------------|-------|---|--|--|----------------|----------------|
|          |                      |         |                        |       | Umsetzung der Digitalisierungsstrategie Brandenburg)  |  |  |                |                |
| 12       | AfD                  | 03 110  | 422 10                 | 69    | Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter (75 zusätzliche Polizeibeamte)                    | +3.100.000                             | EP 03<br>03 020, 972 10<br>EP 02<br>02 020, 972 10<br>Globale Minderausgaben                           | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 13       | DIE LINKE            | 03 150  | 443 10                 | 107   | Fürsorgeleistungen und Unterstützungen (Erhöhung der Freien Heilfürsorge)   | +1.600.000<br>Streichung Erläuterungen | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget                                 | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 14       | AfD                  | 03 150  | 812 10                 | 113   | Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände n im Inland (Mehr Mittel für die Ausrüstungsgegenstände der Polizei) | +3.500.000                             | EP 03<br>03 810, 526 30<br>Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 15       | SPD, CDU, GFÜNE B/90 | 03 710  | 526 30 neu<br>FKZ: 045 | 127   | Kritische Infrastrukturen Einrichtung einer Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen  | Ansatz: 50.000<br>Erläuterungen        | EP 03<br>03 020, 972 10<br>Globale Minderausgaben  | --             | 11/0/0         |

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)  | 2022 +/- Sonstiges                     | Deckung aus +/-   | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|--------|-------|---|--|---|----------------|----------------|
|          |            |         |        |       | im MIK (neuer Titel mit der FKZ: 045)   |  |   |                |                |
| 16       | DIE LINKE  | 03 710  | 633 15 | 129   | Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Waldbrandaufwendungen (Erhöhung der Zuweisungen an Kommunen für die Waldbrandbekämpfung) | +300.000<br>Änderung<br>Erläuterungen  | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 17       | BVB/FW     | 03 710  | 633 15 | 129   | Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Waldbrandaufwendungen (Bewältigung von Großschadensereignissen/Waldbränden)              | +300.000<br>Änderung<br>Erläuterungen  | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 18       | BVB/FW     | 03 710  | 633 20 | 129   | Landeszuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung von Übungen (Landeszuschüsse für die Durchführung von Übungen)               | +30.000<br>Streichung<br>Erläuterungen | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |

| Lfd. Nr. | Einbringer                    | Kapitel | Titel  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)  | 2022 +/- Sonstiges   | Deckung aus +/-   | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|-------------------------------|---------|--------|-------|---|--|---|----------------|----------------|
| 19       | BVB/FW                        | 03 710  | 633 40 | 129   | Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Gewährung von Retterprämien (Retterprämien für freiwillige Feuerwehren)   | +1.500.000<br>Streichung Haushaltsvermerk<br>Änderung<br>Erläuterungen | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 1/12/2         | 1/9/1          |
| 20       | SPD/<br>CDU/<br>GRÜNE/<br>B90 | 03 710  | 685 12 | 130   | Landeszuschuss an den Landesfeuerwehrverband  | +25.000<br>Änderung<br>Erläuterungen                                   | EP 03<br>03 020, 972 10<br>Globale Minderausgabe                          | 11/4/0         | 8/3/0          |
| 21       | BVB/FW                        | 03 710  | 685 40 | 130   | Landeszuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Vereine für die Gewährung von Retterprämien (Retterprämien für Hilfsorganisationen) | +550.000<br>Streichung Haushaltsvermerk                                | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 3/12/0         | 5/6/0          |
| 22       | DIE LINKE                     | 03 710  | 686 10 | 131   | Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung (Erhalt der Hinterbliebenenversorgung)  | +10.000<br>Änderung<br>Erläuterungen                                   | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage<br>Verwaltungsbudget | 7/8/0          | 5/6/0          |

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)   | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/-  | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|--------|-------|--|--------------------|--|----------------|----------------|
|          |            |         |        |       |  |                    |  |                |                |
| 23       | AfD        | 03 710  | 686 10 | 131   | Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung (Errichtung und Ausbau eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene)                          | +510.000           | EP 03<br>03 810, 526 30<br>Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 24       | DIE LINKE  | 03 710  | 883 10 | 131   | Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Erhöhung der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände) | +500.000           | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget                                 | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 25       | BVB/FW     | 03 710  | 883 10 | 131   | Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Unterstützung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz)                  | +750.000           | EP 20<br>20 020, 571 10<br>Zinsen für Kassenkredite und Geldanlagen der Landeshauptkasse               | 7/8/0          | 5/6/0          |

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel  | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort)   | 2022 +/- Sonstiges                    | Deckung aus +/-  | Abstimmung AIK | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|--------|-------|--|---------------------------------------|--|----------------|----------------|
|          |            |         |        |       |  |                                       |  |                |                |
| 26       | AfD        | 03 710  | 883 10 | 131   | Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Stärkung der Kommunen im Bereich des Katastrophenschutzes)  | +500.000                              | EP 03<br>03 040, 526 65<br>Beraterleistungen im Rahmen der Digitalisierung | 4/11/0         | 3/8/0          |
| 27       | DIE LINKE  | 03 710  | 883 20 | 131   | Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Nachwuchsgewinnung (Erhöhung der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Nachwuchsgewinnung) | +50.000                               | EP 03<br>03 020, 359 10<br>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget     | 7/8/0          | 5/6/0          |
| 28       | DIE LINKE  | 03 810  | 526 10 | 155   | Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben (Erhöhung der Mittel für die Unabhängige Geflüchtetenberatung und der Mittel für   | +450.000<br>Änderung<br>Erläuterungen | EP 03<br>03 810, 536 10<br>Abschiebungen und Verteilungen                  | 2/12/1         | 1/9/1          |

[illegible]

## **Angenommene Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 03

zur 2. Lesung

# Änderungsantrag

SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 127                                       | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 5 2 6 3 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Kritische Infrastrukturen (neu) |                           |                         |

**Stichwort:** Einrichtung einer Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen im MIK  
(neuer Titel mit der FKZ: 045)

|                               |          |
|-------------------------------|----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2021</b> | 0 €      |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | 50.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 50.000 € |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2021</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

**Deckung bei:**

| Seite | Kapitel | Titel  | Stichwort              | in Höhe von |
|-------|---------|--------|------------------------|-------------|
| 41    | 03 020  | 972 10 | Globale Minderausgaben | 50.000 €    |

**insgesamt:****50.000 €****Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle KRITIS (KOST KRITIS) werden die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um eine zielgerichtete und themenbezogene Befassung mit kritischen Infrastrukturen im Land Brandenburg zu ermöglichen. Zunächst steht die Erstellung und Fortschreibung eines Landeskongzeptes KRITIS sowie die Erarbeitung einer Landesstrategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sollen Gefahren- und Risikoanalysen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Betreibern erstellt werden.

**Begründung:**

Der Schutz von Kritischen Infrastrukturen hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen und wird vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen, wie der fortschreitenden Digitalisierung, der Ausdifferenzierung der Akteurslandschaft und neuer Gefahrenszenarien (hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und Klimawandel), weiter an Bedeutung gewinnen. Auch auf Ebene der Europäischen Union wird das Thema aktuell mit der neu vorgeschlagenen Richtlinie über die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen aufgegriffen, mit der das Ziel verfolgt wird, die Richtlinie über europäische kritische Infrastrukturen von 2008 zu erweitern und zu vertiefen.

Andere Bundesländer haben bereits Koordinierungsstellen eingerichtet, deren Wirken sich insbesondere während der Hochphasen der Corona-Pandemie bewährt haben. Brandenburg verfügt derzeit nicht über eine derartige Koordinierungsstelle. Bisher werden KRITIS-bezogene Fragestellungen und Maßnahmen innerhalb des Ministeriums des Innern und für Kommunales nur anlassbezogen und ohne notwendige strategische Ausrichtung bearbeitet.

Insbesondere während der ersten Monate der Pandemiephase im Jahr 2020 zeigte sich, dass aufgrund des hohen Aufkommens an Anfragen und Beratungsbedarfen seitens der KRITIS-Betreiber diese nicht adäquat bearbeitet werden konnten.

Mit der Einrichtung eines neuen Titels im Kapitel 03 710 sollen dem MIK Mittel für den Aufbau einer Koordinierungsstelle zur Verfügung gestellt werden. Weitere finanzielle und personelle Bedarfe sind durch das MIK in die nächste Haushaltsaufstellung einzubringen.

# Änderungsantrag

SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 130  | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 8 5 1 2 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Landeszuschuss an den Landesfeuerwehrverband |                           |                         |

**Stichwort:** Institutionelle Förderung

**Ansatz im Entwurf 2022**

375.000 €

**Änderung (+/-):**

25.000 €

**Ansatz neu:**

400.000 €

**Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**

€

**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

€

**Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:**

€

**Ansatz neu mit Fälligkeiten:**

€

| Deckung bei:      |         |        |                       |                 |
|-------------------|---------|--------|-----------------------|-----------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort             | in Höhe von     |
| S. 41             | 03 020  | 972 10 | Globale Minderausgabe | 25.000 €        |
|                   |         |        |                       | €               |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |                       | <b>25.000 €</b> |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

**Übersicht über die institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V.**

| Ausgaben:                        | Ist 2020<br>EUR | Soll 2021<br>EUR | Soll 2022<br>EUR |
|----------------------------------|-----------------|------------------|------------------|
| 1. Personalaufwand               | 0               | 388.000          | 398.000          |
| 2. Sächliche Verwaltungsausgaben | 0               | 343.700          | <u>309.700</u>   |
| 3. Projektausgaben               | 0               | 103.500          | 67.800           |
| 4. Aushaben für Investitionen    | 0               | 0                | 0                |
| Zusammen:                        | 0               | 835.000          | <u>775.500</u>   |
| Abzüglich Einnahmen:             | 0               | 0                | 0                |
| Mithin Zuwendungsbedarf:         | 0               | 835.000          | <u>775.500</u>   |

| Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch: | Ist 2020<br>EUR | Soll 2021<br>EUR | Soll 2022<br>EUR |
|---|-----------------|------------------|------------------|
| 1. Eigene Mittel (Einnahmen)                    | 0               | 144.700          | 105.000          |
| 2. Landeszuschuss Land Brandenburg              | 0               | 400.000          | <u>400.000</u>   |
| 3. Zuschuss Landesjugendring                    | 0               | 102.500          | 105.000          |
| 4. Projektzuschüsse                             | 0               | 188.000          | 165.000          |
| 5. Zuweisung für Investitionen                  | 0               | 0                | 0                |
| Zusammen:                                       | 0               | 835.200          | <u>775.500</u>   |

**Begründung:**

Die institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V. bedeutet auch eine Anerkennung der wichtigen Arbeit der rund 38.000 Kameradinnen und Kameraden, die sich ehrenamtlich in den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren Brandenburgs für die Sicherheit und den Schutz ihrer Mitmenschen einsetzen.

Weiterhin vertritt der Landesfeuerwehrverband die Interessen von 700 Beamten und Angestellten in 5 Berufsfeuerwehren, rund 300 Beamten und Angestellten in 13 hauptamtlich besetzten Freiwilligen Feuerwehren sowie rund 900 Einsatzkräften in 9 Werkfeuerwehren. Daneben engagieren sich über 13.000 junge Menschen in den brandenburgischen Jugendfeuerwehren sowie 15.000 verdiente Mitglieder in den Alters- und Ehrenabteilungen.

Eine bestmögliche haushälterische Ausstattung des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V. ist aufgrund seiner vielfältigen Aufgaben, insbesondere bei der Interessensvertretung sowie der Aus- und Weiterbildung von Kameradinnen und Kameraden, im Bereich

der Jugendfeuerwehren, des Feuerwehrsports und im Rahmen der Projektarbeit, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, geboten.

## Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

**Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|                         |                 |                 |  |               |  |
|-------------------------|-----------------|-----------------|--|---------------|--|
| <b>Seite:</b>           | siehe Anlage    | <b>Kapitel:</b> |  | <b>Titel:</b> |  |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Zweckbestimmung |                 |  |               |  |

**Stichwort:** Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdFE Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdFE die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2022 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdFE ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

| Epl | Kapitel & Titel / Vorwort / Anlagen | Seite | Zweckbestimmung                                 | Stichwort                     | bisherige Formulierung   | Formulierung neu   | Begründung   |
|-----|-------------------------------------|-------|---|-------------------------------|--|--|--|
| 03  | 03 010 / 546 15                     | 21    | Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB | Erläuterungen (Pkt. 1. u. 2.) | 1. IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze 7.200 EUR<br>2. IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze 478.100 EUR | 1. IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze 478.100 EUR<br>2. IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze 7.200 EUR | Zahlenwerte tauschen, Positionen 1. und 2. wurden versehentlich verwechselt. |

# **Abgelehnte Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 03

zur 2. Lesung

# Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 23  | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 1 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 6 1 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Förderung von Maßnahmen der Kommissionen kommunaler Kriminalitätsverhütung und anderer örtlicher Gremien der Kriminalprävention |                           |                         |

**Stichwort:** Beibehalt der Mittel für die örtlichen Gremien bei der Kriminalprävention

|                               |                  |
|-------------------------------|------------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 27.000 €         |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | <u>+ 3.000 €</u> |
| <b>Ansatz neu:</b>            | <u>30.000 €</u>  |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                |
|-------------------|---------|--------|---|----------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von    |
| 30                | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 3.000 €        |
|                   |         |        |   | €              |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>3.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:** Die Kürzungen im Bereich der kommunalen Präventionsarbeit sollen entfallen, um die Arbeit der örtlichen Gremien der Kriminalprävention unvermindert fortsetzen zu können.

# Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 23  | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 1 0 | <b>Titel:</b> 6 8 4 6 1 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Förderung von Maßnahmen der Kommissionen kommunaler Kriminalitätsverhütung und anderer örtlicher Gremien der Kriminalprävention |                           |                         |

**Stichwort:** Erhöhung der Mittel auf dem Gebiet der Kriminalprävention

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 180.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 20.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 200.000 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 20.000 €    |
|              |         |        |   | €           |
| insgesamt:   |         |        |   | 20.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Landeshaushalt.

**Begründung:** Die Kürzungen im Bereich der Präventionsarbeit sollen entfallen. Die Kriminalprävention soll unvermindert fortgesetzt werden. Insbesondere nach dem Ende der Corona-Pandemie ist mit einem deutlichen Anstieg auf dem Gebiet der Vermögensdelikte zu rechnen.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|                                    |                    |                  |
|------------------------------------|--------------------|------------------|
| Seite: 35                          | Kapitel: 0 3 0 2 0 | Titel: 5 3 6 1 0 |
| Zweckbestimmung: Verfassungsschutz |                    |                  |

**Stichwort:** Reduzierung der Kosten für V-Leute bzw. verdeckt Informationsgebende

|                               |              |
|-------------------------------|--------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 2.000.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | -1.000.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 1.000.000 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |       |           |             |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite             | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|                   |         |       |           | €           |
|                   |         |       |           | €           |
| <b>insgesamt:</b> |         |       |           | €           |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Verfassungsschutz (VS) soll sich auf seine Kernaufgabe konzentrieren und den tatsächlichen Extremismus von links, rechts und dem islamistischen Bereich bekämpfen. Die innerhalb des vorliegenden Titels beinhalteten 2.000.000 € werden u.a. zur Bekämpfung der Opposition zweckentfremdet, anstatt den tatsächlichen Extremismus in allen Bereichen aufzuklären.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

**EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 37   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 2 0 | <b>Titel:</b> 5 4 7 4 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Abschiebebeobachtung an dem Flughafen „Willy Brandt“ |                           |                         |

**Stichwort:** Streichung der Kosten für „Abschiebebeobachter“

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 32.200 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | -32.200 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 0 €       |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |       |           |             |
|--------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|              |         |       |           | €           |
|              |         |       |           | €           |
| insgesamt:   |         |       |           | €           |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Titel des „Abschiebebeobachters“ ist vollständig zu streichen. Aus keinem erdenklichen Rechtsgrund ergibt sich die Legitimation für so eine Stelle/einen solchen Posten. Jeder vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer ist abzuschieben. Die Abschiebungen erfolgen durch Hoheitsträger, die Vorgesetzte haben und durch Dienst- und Fachaufsichten einer regelmäßigen Kontrolle unterliegen. Dafür bedarf es keines Beobachters.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

## 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 38   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 2 0 | <b>Titel:</b> 6 3 2 3 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Gemeinsame Projekte für Verkehrssicherheit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung |                           |                         |

**Stichwort:** Verkehrssicherheit

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 225.000 € |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | 25.000 €  |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 250.000 € |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |          |
|--|----------|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |          |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | 75.000 € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | 0 €      |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | 75.000 € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                 |
|-------------------|---------|--------|---|-----------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von     |
| 30                | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 25.000 €        |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>25.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Landesregierung setzt auf die bewährte Zusammenarbeit der Akteure der Verkehrssicherheit wie z. B. der Landesverkehrswacht Brandenburg e. V., die im Forum Verkehrssicherheit zusammengeschlossen sind. Das Verkehrssicherheitsprogramm setzt klare Ziele und definiert Verantwortlichkeiten. Zur Gewährleistung einer den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechenden Infrastruktur sowie zur Umsetzung flankierender Verkehrserziehungs- und Präventionsvorhaben bedarf es einer angemessenen Finanzierung. Das Ministerium des Innern und für Kommunales beteiligt sich an der Finanzierung dieses Programms.

Weniger aufgrund der Auswirkungen der Corona Pandemie auf den Landeshaushalt

**Begründung:**

Die Ansatzkürzung gegenüber 2021 ist nicht gerechtfertigt. Die gemeinsamen Maßnahmen von MIK und MIL in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Verkehrssicherheit und den Kommunen zur Gewährleistung einer den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechenden Infrastruktur sowie zur Umsetzung flankierender Verkehrserziehungs- und Präventionsvorhaben bedürfen, wie es in den Erläuterungen zu diesem Ansatz richtig steht, einer angemessenen Finanzierung.

Beispielsweise werden aus diesem Titel auch die Anschaffung von Verkehrsüberwachungs- und Geschwindigkeitsüberprüfungsanlagen mitfinanziert, deren Betrieb gerade auf der kommunalen Ebene vor sensiblen Einrichtungen (z. B. Kitas und Senioreneinrichtungen) von besonderer Bedeutung ist.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 39   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 2 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 4 2 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Fürsorge für Kriegsgräberstätten |                           |                         |

**Stichwort:** Traditionspflege und Erinnerung

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 22.500 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | +30.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 52.500 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |                                     |             |
|--------------|---------|--------|-------------------------------------|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                           | in Höhe von |
| 40           | 03 020  | 633 44 | Fürsorge Grabstätten Sinti und Roma | 30.000 €    |
|              |         |        |                                     | €           |
| insgesamt:   |         |        |                                     | 30.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Kosten der Maßnahmen für die Instandsetzung und Pflege von Grabstätten der gefallenen deutschen Soldaten, die über die vom Bund nach dem Gräbergesetz des Bundes hinausgehenden Kosten liegen, sollen erweitert werden um 30.000 Euro. Bisher haben eine Vielzahl von Kommunen diese Kosten selbst getragen. Da hinsichtlich der Kosten für Grabstätten der Sinti und Roma im Jahr 2020 lediglich 8.038 Euro angefallen sind, werden für 2022 mindestens 20.000 Euro frei, die hier verwendet werden können.

**Änderungsantrag**

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 39   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 2 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 4 3 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Fürsorge für sowjetische Gedenkstätten nach dem Deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrag |                           |                         |

**Stichwort:** Einhaltung des deutsch-russischen Abkommens über Kriegsgräberfürsorge

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 0 €       |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | +50.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 50.000 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |  |                 |
|-------------------|---------|--------|--|-----------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                              | in Höhe von     |
| 40                | 03 020  | 633 52 | Erstattung Fachkräfteeinwande-<br>rung | 50.000 €        |
|                   |         |        |  | €               |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |  | <b>50.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Kosten der Maßnahmen für die Erhaltung der sowjetischen Gedenkstätten im Rahmen des deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrages und im Rahmen des deutsch-russischen Abkommens der Kriegsgräberfürsorge ist von derzeit null Euro auf einen angemessenen Betrag von 50.000 Euro zu erhöhen.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

**EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|   |                           |                          |
|---|---------------------------|--------------------------|
| <b>Seite:</b> 45  | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 2 0 | <b>Titel:</b> T G r. 7 3 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds |                           |                          |

**Stichwort:** Investitionsprogramm zur Feuerwehriinfrastruktur erhöhen

|                               |              |
|-------------------------------|--------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 6.850.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | +8.150.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 15.000.000 € |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |       |           |             |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite             | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|                   |         |       |           | €           |
|                   |         |       |           | €           |
| <b>insgesamt:</b> |         |       |           | €           |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

| Lfd. Nr. | Bezeichnung der Maßnahme                        | Gesamtausgabevolumen (EUR) | Davon in 2021 als Ausgabe veranschlagt (EUR) | Davon in 2022 als Ausgabe veranschlagt (EUR) | [...] | Vorgesehen in den Folgejahren |
|----------|---|----------------------------|--|--|-------|-------------------------------|
| 1.       | Investitionsprogramm der Feuerwehrinfrastruktur | 40.000.000                 | 10.000.000                                   | <u>15.000.000</u>                            |       | <u>15.000.000</u>             |
| [...]    |   |                            |  |  |       |                               |

Die Kosten für das Feuerwehrinfrastrukturprogramm sind um 8.150.000 EUR in 2022 auf 15 Mio. EUR zu erhöhen. Es sind bereits in 2022 die sofort notwendigen Maßnahmen zur Instandsetzung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Feuerwehrhäuser vorzunehmen und nicht auf die Folgejahre zu verschieben.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 61   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 4 0 | <b>Titel:</b> 5 3 1 6 5 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung |                           |                         |

**Stichwort:** Förderung von Informationsveranstaltungen zur Digitalisierung im kommunalen Bereich

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 100.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 50.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 150.000 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 50.000 €    |
|              |         |        |   | €           |
| insgesamt:   |         |        |   | 50.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Die Kürzungen im Bereich der Digitalisierung sollen teilweise entfallen. Die Ausgaben sind insbesondere für die Durchführung von Informationsveranstaltungen im kommunalen Bereich im Zusammenhang mit dem online-Zugangsgesetz gedacht. Die kürzlich durchgeführte Landtagsdebatte zu diesem Thema hat gezeigt, dass auf diesem Themengebiet erheblicher Nachholbedarf herrscht.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

**03 Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 62   | <b>Kapitel:</b> 0 3 0 4 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 6 5 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalisierung |                           |                         |

**Stichwort:** Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie Brandenburg

|                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 200.000 €   |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 200.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 400.000 €   |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 200.000 €   |
| insgesamt:   |         |        |   | 200.000 €   |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Diese Mittel sind veranschlagt zur finanziellen Unterstützung der Beschleunigung der landesweiten Einführung von Digitalisierungsprojekten und der Umsetzung des OZG in den Kommunen.

Insbesondere Kommunen stehen bei der Umsetzung des OZG vor großen Herausforderungen. Sowohl die finanziellen, als auch die personellen Ressourcen sind begrenzt. Daher muss den Kommunen jede nur mögliche Unterstützung angeboten werden.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 69  | <b>Kapitel:</b> 0 3 1 1 0 | <b>Titel:</b> 4 2 2 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter |                           |                         |

**Stichwort:** 75 zusätzliche Polizeibeamte

|                               |               |
|-------------------------------|---------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 290.353.200 € |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | +3.100.000 €  |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 293.463.200 € |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |                        |                    |
|-------------------|---------|--------|------------------------|--------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort              | in Höhe von        |
| 41                | 03 020  | 972 10 | Globale Minderausgaben | 2.500.000 €        |
| 29                | 02 020  | 972 10 | Globale Minderausgaben | 600.000 €          |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |                        | <b>3.100.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Aufgrund der unbefriedigenden Sicherheitslage im Land Brandenburg und immer noch herrschenden Personalmangels bei der Polizei müssen mehr Polizeibeamte pro Jahr neu eingestellt werden. Der im Haushalt 2022 bisher vorgesehene Aufwuchs von 41 Stellen reicht nicht aus. Der hier beantragte Titelaufwuchs deckt 75 zusätzliche Polizeibeamte (25 A9 gehobener Dienst und 50 A8 mittlerer Dienst) ab.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 107  | <b>Kapitel:</b> 0 3 1 5 0 | <b>Titel:</b> 4 4 3 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Fürsorgeleistungen und Unterstützungen |                           |                         |

**Stichwort:** Erhöhung der Freien Heilfürsorge

|                               |               |
|-------------------------------|---------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 16.400.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 1.600.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 18.000.000 €  |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 1.600.000 € |
|              |         |        |   | €           |
| insgesamt:   |         |        |   | 1.600.000 € |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Der von der Landesregierung gewählte Ansatz für den Bereich der Fürsorgeleistungen und Unterstützungen ist zu gering. Der Verweis auf die geringeren Ausgaben in der Vergangenheit ist zutreffend, gleichwohl sind seit einigen Monaten deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen; dazu kommt, dass deutlich mehr Polizist\*innen in der Stellenplanung vorgesehen sind und die freie Heilfürsorge erst seit einiger Zeit wieder zur Wahl steht, so dass der Anteil der Polizist\*innen, die sich für dieses Modell entscheidet weiter ansteigen wird. Darum soll der Ansatz um 1,6 Mio. EUR erhöht werden.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 113   | <b>Kapitel:</b> 0 3 1 5 0 | <b>Titel:</b> 8 1 2 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland |                           |                         |

**Stichwort:** Mehr Mittel für die Ausrüstungsgegenstände der Polizei

Ansatz im Entwurf 2022

9.155.900 €

Änderung (+/-):

+3.500.000 €

Ansatz neu:

12.655.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

| Deckung bei:      |         |        |   |                    |
|-------------------|---------|--------|---|--------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort   | in Höhe von        |
| 156               | 03 810  | 526 30 | Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik | 3.500.000€         |
|                   |         |        |   | €                  |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>3.500.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Es ist darauf zu achten, dass im Umfeld von Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden, in Fußgängerzonen, auf verkehrsreichen Plätzen in ganz Brandenburg und in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Videoaufklärungssysteme nach dem neuesten technischen Stand eingesetzt werden, und zwar Kameras, die je nach Einsatzort Szenen, verdächtiges Verhalten, Stimmungen, Geräusche, Personengruppen, herrenlose Gepäckstücke, Brände etc. erkennen können. Für diese Geräte müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des Mehrbedarfes an Polizeibeamten besteht auch mehr Bedarf an der entsprechenden Ausrüstung, wie Body-Cams u.a.

Die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz können gekürzt werden, weil weniger Asylbewerber insgesamt aufgenommen werden bzw. die vollziehbar ausreisepflichtigen unverzüglich abzuschieben sind.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 129  | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 1 5 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Waldbrandaufwendungen |                           |                         |

**Stichwort:** Erhöhung der Zuweisungen an Kommunen für die Waldbrandbekämpfung

|                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 200.000 €   |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 300.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 500.000 €   |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| <b>Deckung bei:</b> |         |        |   |                  |
|---------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite               | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von      |
| 30                  | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 300.000 €        |
|                     |         |        |   | €                |
| <b>insgesamt:</b>   |         |        |   | <b>300.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger aufgrund der Auswirkungen der Corona Pandemie auf den Landeshaushalt.~~

**Begründung:**

Wegen der zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels, besonders auf das Waldbrandgeschehen im Land Brandenburg sollen die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände bei 500.000 EUR bleiben und nicht auf 200.000 EUR abgesenkt werden.

Das Land soll sich mit diesen Zuweisungen gem. § 44 Abs. 4 Nr. 3 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) bei der Bewältigung von Großschadensereignissen an den Kosten, die den Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben entstehen angemessen beteiligen.

Insbesondere Wald- und Feldbrände sind nach ihrer Art, dem Umfang und ihren Auswirkungen Einsatzlagen ungewöhnlichen Ausmaßes. Vor allem wegen der zahlreichen munitionsbelasteten Flächen im Land Brandenburg ist bei der Bewältigung dieser Großschadensereignisse eine Luftunterstützung für die Waldbrandbekämpfung sehr oft erforderlich. Die dabei entstehenden Kosten gehen in einem erheblichen Umfang über die im Regelfall entstehenden Kosten für die einfache Brandbekämpfung hinaus.

Dadurch sind die betroffenen Kommunen als Aufgabenträger bei Auftreten dieser Großschadensereignisse in einer finanziellen Zwangslage, die ohne eine Unterstützung des Landes Brandenburg nicht zu bewältigen ist.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 129  | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 1 5 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Waldbrandaufwendungen |                           |                         |

**Stichwort:** Bewältigung von Großschadensereignissen/Waldbränden

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 200.000 € |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | 300.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 500.000 € |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                  |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von      |
| 30                | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 300.000 €        |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>300.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Gem. § 44 Abs. 4 Nr. 3 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) kann sich das Land nach Maßgabe des Haushaltsplanes bei der Bewältigung von Großschadensereignissen an den Kosten, die den Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben entstehen, in Form von Zuwendungen beteiligen. Hierbei kommt eine Kostenerstattung bis zu 80 v. H. der entstandenen Kosten an die Antragsteller gem. § 44 LHO unter angemessener Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit in Betracht. Die Kostenerstattung an die betroffenen Landkreise ist eine freiwillige Leistung des Landes, jedoch sind Waldbrände, die nach Art, Umfang und ihren Auswirkungen Großschadenereignisse darstellen, unvorhersehbare Einsatzlagen ungewöhnlichen Ausmaßes. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der zahlreichen munitionsbelasteten Flächen im Land Brandenburg ist bei der Bewältigung dieser Großschadensereignisse eine Luftunterstützung für die Waldbrandbekämpfung erforderlich. Die dabei entstehenden Kosten gehen in einem erheblichen Umfang über die im Regelfall entstehenden Kosten für die Waldbrandbekämpfung hinaus. Dadurch sind die betroffenen Aufgabenträger bei Auftreten dieser Großschadensereignisse in einer finanziellen Zwangslage, die ohne eine Unterstützung des Landes Brandenburg nicht zu bewältigen ist. Nur durch eine finanzielle Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger durch das Land bei der Bewältigung der großflächigen Waldbrandereignisse kann eine wirtschaftliche Überforderung oft immer derselben betroffenen Kommunen und Landkreise vermieden werden. Beim Auftreten der Waldbrandereignisse ist eine sofortige Entscheidung über die Anforderung der Luftunterstützung - unabhängig von finanziellen Erwägungen - erforderlich. Um die kommunalen Aufgabenträger bei der Bewältigung von Großschadensereignissen zu unterstützen und sie nicht in finanzielle Zwangslagen durch die Anforderung von Hubschraubern zu bringen, ist eine Unterstützung aus Landesmitteln dringend geboten.

Weniger aufgrund der Auswirkungen der Corona Pandemie auf den Landeshaushalt.

**Begründung:**

Kommunen sind Träger des Brandschutzes. Immer wieder kommt es zu starken Waldbränden, die durch die örtlichen, meist freiwilligen Feuerwehren bekämpft werden. Hier sind oft auch landeseigene Forstflächen betroffen. Die Kosten für die Waldbrandbekämpfung trägt die Kommune. Der Waldbrand in Bötzwow (Gemeinde Oberkrämer) im Juni 2021 beispielsweise kostete die Kommune ca. 250.000 EUR, wobei der Brand zwar auf der Gemarkung der Gemeinde wütete, es sich aber um eine vom Landesbetrieb Forst betriebene Fläche handelte.

Die Kürzung des Ansatzes um 60% wird der zu erwartenden Erstattung der Kosten der Kommunen nicht gerecht und ist daher zurück zu nehmen.

**Änderungsantrag**

BVB / FREIE WÄHLER

03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 129   | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 3 3 2 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Landeszuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung von Übungen□ |                           |                         |

**Stichwort:** Landeszuschüsse für die Durchführung von Übungen

|                               |          |
|-------------------------------|----------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 20.000 € |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | 30.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 50.000 € |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

€

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 30.000 €    |
| insgesamt:   |         |        |   | 30.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger wegen der geringen Nachfrage der kommunalen Aufgabenträger

**Begründung:**

Die Kürzung des Ansatzes um 60% ist zurückzunehmen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Nachfrage nicht besteht. Vielmehr war es aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich, Übungen im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes wie gewohnt durchzuführen. Durch die Corona bedingte Zwangspause ist eher ein höherer Bedarf an Übungen zu erwarten. Aus diesem Grund sind Mittel in ausreichender Höhe bereitzustellen, um Übungen in gewohntem, wenn nicht sogar vermehrtem Maße wieder durchführen zu können.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                    |                  |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 130   | Kapitel: 0 3 7 1 0 | Titel: 6 3 3 4 0 |
| Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Gewährung von Retterprämien |                    |                  |

**Stichwort:** Retterprämien für freiwillige Feuerwehren

|                        |               |
|------------------------|---------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 3.500.000 €   |
| Änderung (+/-):        | + 1.500.000 € |
| Ansatz neu:            | 5.000.000 €   |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)Einsparungen dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 685 40.Mehrausgaben dürfen bis zu 3.500.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 20 030 Titel 613 14 geleistet werden.

€

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| <b>Deckung bei:</b> |         |        |   |                    |
|---------------------|---------|--------|---|--------------------|
| Seite               | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von        |
| 30                  | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 1.500.000 €        |
| <b>insgesamt:</b>   |         |        |   | <b>1.500.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Land Brandenburg und die Gemeinden und Gemeindeverbände gewähren für ehrenamtliche Mitgliedschaften in der Freiwilligen Feuerwehr Prämien.

Weniger wegen der Veranschlagung des tatsächlichen Bedarfs aufgrund der paritätischen Finanzierung

**Begründung:**

Gerade den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg kann nicht genug für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl gedankt werden. Bereits im Jahr 2021 wurde der Ansatz empfindlich gekürzt und sinkt nun auf ein Niveau von rd. 55% der Prämien, die im Jahr 2020 ausgereicht wurden. Ehrenamt und Einsatz von Leib und Leben für die Allgemeinheit muss eine größere Wertschätzung erfahren, als es mit dem ursprünglich geplanten Haushaltsansatz geschehen soll.

Es bleibt zudem das falsche Signal, weitere Einsparungen bei den Retterprämien zur Deckung der Ausgaben „Retterprämien für Hilfsorganisationen“ zu nutzen.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

**03 Ministerium des Innern und für Kommunales****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 130   | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 8 5 4 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Landeszuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Vereine für die Gewährung von Retterprämien |                           |                         |

**Stichwort:** Retterprämien für Hilfsorganisationen

|                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 0 €         |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 550.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 550.000 €   |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)~~Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 633 40 geleistet werden.~~~~Ausgaben dürfen bis zu 3.500.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 20 030 Titel 613 14 geleistet werden.~~

**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:** €**Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:** €**Ansatz neu mit Fälligkeiten:** €**Deckung bei:**

| Seite | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
|-------|---------|--------|---|-------------|
| 30    | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 550.000 €   |

**insgesamt:** 550.000 €**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Das Land Brandenburg und die Gemeinden und Gemeindeverbände unterstützen die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Vereine bei der Gewährung von Retterprämien für ehrenamtliche Mitgliedschaften – so die Erläuterung zu diesem Haushaltstitel. Um allerdings tatsächlich unterstützen zu können, sind entsprechende Mittel einzuplanen und bereitzustellen. Dies darf nicht dadurch erfolgen, dass man die Retterprämien für die Kameradinnen und Kameraden den Brandenburger Freiwilligen Feuerwehren kürzt.

**Änderungsantrag**

der Fraktion DIE LINKE

**Einzelplan 03****Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 131   | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 6 8 6 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung |                           |                         |

**Stichwort:** Erhalt der Hinterbliebenenversorgung**Ansatz im Entwurf 2022**

40.000 €

**Änderung (+/-):**

+ 10.000 €

**Ansatz neu:**

50.000 €

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

€

**Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:**

€

**Ansatz neu mit Fälligkeiten:**

€

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 10.000 €    |
|              |         |        |   | €           |
| insgesamt:   |         |        |   | 10.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger aufgrund der Auswirkungen der Corona Pandemie auf den Landeshaushalt.~~

**Begründung:**

Die unter diesem Titel geführten Ausgaben für einen finanziellen Ausgleich der Hinterbliebenenversorgung von freiwilligen Feuerwehrangehörigen und Angehörigen im Katastrophenschutz mitwirkender Hilfsorganisationen wird hoffentlich niemals benötigt werden. Trotzdem soll dieser Ansatz auch wegen der symbolischen Bedeutung unverändert fortgeführt und nicht um 20% gekürzt werden. Der Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung soll nicht von 50.000 EUR auf 40.000 EUR gekürzt werden.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                    |                  |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 131   | Kapitel: 0 3 7 1 0 | Titel: 6 8 6 1 0 |
| Zweckbestimmung: Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung |                    |                  |

**Stichwort:** Errichtung und Ausbau eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene

|                        |            |
|------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 40.000 €   |
| Änderung (+/-):        | +510.000 € |
| Ansatz neu:            | 550.000 €  |

|   |   |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 |   |
| Ansatz im Entwurf:                | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:  | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten:      | € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                  |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort   | in Höhe von      |
| 156               | 03 810  | 526 30 | Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik | 510.000 €        |
|                   |         |        |   | €                |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>510.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Es soll ein Versorgungsfonds errichtet werden. Innerhalb des Nachtragshaushaltes für 2018 versprach die damalige Landesregierung, demnächst mehr Mittel für die Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung zu stellen. Die damals angesetzten 50.000 € sollten zunächst nur symbolischen Charakters sein und im Doppelhaushalt 2019/2020 deutlich erhöht werden, was nicht ansatzweise geschehen ist. Mit der Hoffnung, dass solche Beträge nicht erforderlich sein werden, sollte man dennoch einen Versorgungsfonds errichten, um für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 131   | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 8 8 3 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände |                           |                         |

**Stichwort:** Erhöhung der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

|                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 250.000 €   |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | + 500.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 750.000 €   |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                  |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von      |
| 30                | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 500.000 €        |
|                   |         |        |   | €                |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>500.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Die Unterstützung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz sowohl bei der generellen Aufgabenerfüllung, aber auch zur Bekämpfung von Großschadensereignissen, soll auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Deshalb soll der Titel mit 750.000 EUR annähernd so ausgestattet sein, wie im Vorjahr.

# Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                    |                  |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 131   | Kapitel: 0 3 7 1 0 | Titel: 8 8 3 1 0 |
| Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände |                    |                  |

**Stichwort:** Unterstützung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz

|                        |             |
|------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 250.000 €   |
| Änderung (+/-):        | + 750.000 € |
| Ansatz neu:            | 1.000.000 € |

|   |   |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 |   |
| Ansatz im Entwurf:                | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:  | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten:      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort   | in Höhe von |
| 26           | 20 020  | 571 10 | Zinsen für Kassenkredite und Geldanlagen der Landeshauptkasse | 750.000 €   |
| insgesamt:   |         |        |   | 750.000 €   |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Im Haushaltsjahr 2021 wurde zu Lasten von 2022 eine Verpflichtungsermächtigung für Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Brand- und Katastrophenschutz angebracht, welche nun um 75% nicht in Anspruch genommen wird, ohne dies näher zu erläutern.

Die landesweite Förderung der Beschaffung moderner Einsatztechnik/Ausstattung für den Brand- und Katastrophenschutz ist mit diesem Ansatz so gering, dass nur ein Bruchteil dessen, was an neuer Technik erforderlich ist, angeschafft werden kann. Die für 2022 vorgesehenen Mittel in Höhe von 1 Million EUR sind daher auch in voller Höhe bereitzustellen.

**Änderungsantrag**

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 131   | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 8 8 3 1 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände |                           |                         |

**Stichwort:** Stärkung der Kommunen im Bereich des Katastrophenschutzes

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 250.000 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | +500.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 750.000 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |        |   |                  |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite             | Kapitel | Titel  | Stichwort                                 | in Höhe von      |
| 61                | 03 040  | 526 65 | Externe Beraterleistungen Digitalisierung | 500.000 €        |
|                   |         |        |   | €                |
| <b>insgesamt:</b> |         |        |   | <b>500.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Kommunen müssen im Jahr 2022 anstatt der bisher veranschlagten 250.000 Euro einen um 500.000 Euro erhöhten Betrag für Investitionen zu Verfügung gestellt erhalten. Es sind dringend benötigte Investitionen, für die in 2021 schon ein Betrag von 800.000 Euro veranschlagt worden ist, auf gleichem Niveau auch in 2022 vorgenommen werden können.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                           |                         |
|--|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 131  | <b>Kapitel:</b> 0 3 7 1 0 | <b>Titel:</b> 8 8 3 2 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Nachwuchsgewinnung |                           |                         |

**Stichwort:** Erhöhung der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Nachwuchsgewinnung

|                               |                   |
|-------------------------------|-------------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 0 €               |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | <u>+ 50.000 €</u> |
| <b>Ansatz neu:</b>            | <u>50.000 €</u>   |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei: |         |        |   |             |
|--------------|---------|--------|---|-------------|
| Seite        | Kapitel | Titel  | Stichwort                                   | in Höhe von |
| 30           | 03 020  | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 50.000 €    |
|              |         |        |   | €           |
| insgesamt:   |         |        |   | 50.000 €    |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Der Titel ist in den Entwurf des Haushaltsplanes neu eingefügt worden, soll aber lt. Ansatz ohne Mittel bleiben. Die Nachwuchsgewinnung hat für die Feuerwehren eine hohe Bedeutung, weshalb ein solcher Titel auch grundsätzlich ausgestattet sein sollte.

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

## Einzelplan 03

### Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                    |                  |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 155   | Kapitel: 0 3 8 1 0 | Titel: 5 2 6 1 0 |
| Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben |                    |                  |

**Stichwort:** Erhöhung der Mittel für die Unabhängige Geflüchtetenberatung und der Mittel für Psychologen und Sozialarbeiter

|                        |             |
|------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 690.300 €   |
| Änderung (+/-):        | + 450.000 € |
| Ansatz neu:            | 1.140.300 € |

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 |   |
| Ansatz im Entwurf:                | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:  | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten:      | € |

| Deckung bei: Einzelplan 03 |         |        |                                |                  |
|----------------------------|---------|--------|--------------------------------|------------------|
| Seite                      | Kapitel | Titel  | Stichwort                      | in Höhe von      |
| 156                        | 03 810  | 536 10 | Abschiebungen und Verteilungen | 450.000 €        |
| <b>insgesamt:</b>          |         |        |                                | <b>450.000 €</b> |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  | 2022<br>EUR      |
|--|------------------|
| 1. Dolmetscher                                 | 500.000          |
| 2. Gerichtskosten                              | 40.300           |
| 3. Beratung Vergabe                            | 75.000           |
| 4. Psychologen/Sozialarbeiter auf Honorarbasis | 60.000           |
| 5. Unabhängige Geflüchtetenberatung            | 465.000          |
| <b>Summe</b>                                   | <b>1.140.300</b> |

Weniger wegen Wegfall von externer Unterstützung bei der Feststellung der Schutzbedürftigkeit sowie einer geringeren Anzahl von ärztlichen Hafttauglichkeitsuntersuchungen.

**Begründung:**

Die Mittel für die Unabhängige Geflüchtetenberatung und Psychologen und Sozialarbeiter auf Honorarbasis soll wegen der deutlich gestiegenen Zahlen von Geflüchteten erhöht werden.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|  |                    |                  |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 155   | Kapitel: 0 3 8 1 0 | Titel: 5 2 6 1 0 |
| Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben |                    |                  |

Stichwort: Flüchtlingsberatung streichen

|                        |            |
|------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 690.300 €  |
| Änderung (+/-):        | -690.300 € |
| Ansatz neu:            | 0 €        |

|   |   |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 |   |
| Ansatz im Entwurf:                | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:  | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten:      | € |

| Deckung bei:      |         |       |           |             |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite             | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|                   |         |       |           | €           |
|                   |         |       |           | €           |
| <b>insgesamt:</b> |         |       |           | €           |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

|  | 2021<br>EUR |
|--|-------------|
| 1. Dolmetscher                                 | 0           |
| 2. Gerichtskosten                              | 0           |
| 3. Beratung Vergabe                            | 0           |
| 4. Psychologen/Sozialarbeiter auf Honorarbasis | 0           |
| 5. Unabhängige Geflüchtetenberatung            | 0           |
| <b>Summe</b>                                   | <b>0</b>    |

**Begründung:**

Die Kosten für die sogenannte Flüchtlingsberatung sind zu streichen, da diese nicht notwendig sind. Wie jeder Bürger müssten sich auch betroffene Ausländer im Bedarfsfalle an das für sie zuständige Amtsgericht wenden, um einen Beratungshilfeschein zu beantragen, um Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt zu erhalten. Innerhalb von Gerichtsverfahren sind Anträge auf Prozesskostenhilfe zu stellen.

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

|   |                           |                         |
|---|---------------------------|-------------------------|
| <b>Seite:</b> 156   | <b>Kapitel:</b> 0 3 8 1 0 | <b>Titel:</b> 5 2 6 3 0 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik |                           |                         |

**Stichwort:** Nicht nachvollziehbare Leistungen streichen, Systematik ändern

|                               |               |
|-------------------------------|---------------|
| <b>Ansatz im Entwurf 2022</b> | 33.557.500 €  |
| <b>Änderung (+/-):</b>        | -15.000.000 € |
| <b>Ansatz neu:</b>            | 18.557.500 €  |

|  |   |
|--|---|
| <b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verpflichtungsermächtigungen 2022</b> |   |
| <b>Ansatz im Entwurf:</b>                | € |
| <b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>  | € |
| <b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>      | € |

| Deckung bei:      |         |       |           |             |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite             | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|                   |         |       |           | €           |
|                   |         |       |           | €           |
| <b>insgesamt:</b> |         |       |           | €           |

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Ausgaben für Grundleistungen gem. § 3 AsylbLG (Unterkunft, Heizung,) die nicht Bestandteil der Asylstatistik sind. Veranschlagt sind auch Ausgaben für Sozialberatung. Diese werden über einen Betreibervertrag abgesichert.

**Begründung:**

Die Kosten für die sogenannte Sozialberatung sowie Ausgaben, die nicht Bestandteil der Asylstatistik sind, sind zu streichen bzw. anzupassen. Wie jeder Bürger müssten sich auch Flüchtlinge im Bedarfsfalle an das für sie zuständige Amtsgericht wenden, um einen Beratungshilfeschein zu beantragen und um Rechtsberatung auch im Rahmen der Sozialberatung durch einen Rechtsanwalt zu erhalten.

Außerdem ist nicht ersichtlich, wofür Kosten entstehen, die nicht in der Asylstatistik beinhaltet sind und ein unbekannter Betreibervertrag Ausgaben für nicht notwendige Sozialberatung absichert.

## **Stellungnahme Fachausschuss**

## Stellungnahme

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu:

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

**- Einzelplan 03 -**

in Verbindung damit:

**Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025**

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/4213 vom 15.09.2021

und

**Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung**

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/2144 vom 15.09.2021

Berichtersteller: Abgeordneter Andreas Büttner (Fraktion DIE LINKE)

**Beschlussempfehlungen:**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge

1. dem Landtag die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) - Einzelplan 03 - in der vom Ausschuss Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1);
2. dem Landtag empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) zur Kenntnis zu nehmen;
3. dem Landtag empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) zur Kenntnis zu nehmen.

## **Bericht**

### **A. Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) (Drucksache 7/4212), der Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) sowie die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) wurden durch den Landtag in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

### **B. Beratung**

In seiner 29. Sitzung am 7. Oktober 2021 befasste sich der Ausschuss für Inneres und Kommunales informatorisch mit den Beratungsgegenständen. Die Mitglieder des Ausschusses erhielten die Gelegenheit, insbesondere Fragen zu den einzelnen Kapiteln und Titeln des Entwurfes des Einzelplanes 03 zu stellen sowie einzelne Positionen des Haushaltsplanes konkret zu hinterfragen.

Zu der abschließenden Beratung in der 30. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 3. November 2021 wurden insgesamt 30 Änderungsanträge zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) eingebracht. Die Änderungsanträge verteilten sich auf die Fraktionen wie folgt:

- 1            Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von  
                 SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 11          Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE
- 7            Änderungsanträge der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER
- 11          Änderungsanträge der AfD-Fraktion.

28 der Änderungsanträge zielten auf den Einzelplan 03. Zwei Änderungsanträge betrafen den Einzelplan 20.

Die in den Ausschuss eingebrachten Änderungsanträge wurden während der abschließenden Beratung in der Reihenfolge der betroffenen Kapitel und Titel nach der Haushaltssystematik aufgerufen, beraten und abgestimmt.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen war auf eine Erhöhung des Landeszuschusses an den Landesfeuerwehrverband um 25.000 Euro gerichtet.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zielten unter anderem auf eine Erhöhung der Mittel für die kommunale Kriminalprävention, die Förderung von Informationsveranstaltungen zur Digitalisierung im kommunalen Bereich, die Erhöhung der Mittel der Freien Heilfürsorge für Polizistinnen und Polizisten, die Unterstützung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz, die Erhöhung der Mittel für den Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung sowie mehr Mittel für die unabhängige Geflüchtetenberatung und für

Psychologen und Sozialarbeiter im Bereich der Zentralen Ausländerbehörde ab. Die Fraktion DIE LINKE hatte darüber hinaus zwei Änderungsanträge zum Einzelplan 20 eingebracht, mit denen die Förderung für freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen und die Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden zum Abbau ihrer Kreditbelastungen erhöht werden sollten.

Die Änderungsanträge der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER sahen unter anderem höhere Mittelveranschlagungen für Projekte im Bereich der Verkehrssicherheit und für Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalisierungsprojekte vor. Eine Reihe von Änderungsanträgen der Fraktion betraf zudem den Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Hier sollten insbesondere höhere Zuweisungen für die Bewältigung von Waldbränden, die Durchführung von Übungen sowie die Gewährung von Retterprämien für Mitglieder freiwilliger Feuerwehren und von Hilfsorganisationen erfolgen.

Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion zielten auf Kürzungen beim Verfassungsschutz, bei der Abschiebebeobachtung am Flughafen BER, bei der Geflüchtetenberatung sowie bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik ab. Mit den Änderungsanträgen der Fraktion sollten zusätzliche Mittel zur Fürsorge für Kriegsgräberstätten und sowjetische Gedenkstätten sowie das Investitionsprogramm Feuerwehrinfrastruktur im Rahmen des Zukunftsinvestitionsfonds bereitgestellt werden. Außerdem waren die Änderungsanträge auf Erhöhungen zur Einstellung von 75 zusätzlichen Polizeibeamten, zum Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen der Polizei, zur Errichtung und den Ausbau eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene sowie die Stärkung der Kommunen im Bereich des Katastrophenschutzes gerichtet.

Hinsichtlich des Inhalts der Änderungsanträge im Einzelnen sowie deren Begründung wird im Übrigen auf Anlage 2 verwiesen.

Im Rahmen der Abstimmung wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen. Die Änderungsanträge der übrigen Fraktionen fanden dagegen jeweils keine Mehrheit. Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen können der Anlage 3 entnommen werden.

Im Ergebnis seiner Beratungen beschloss der Ausschuss für Inneres und Kommunales mehrheitlich (8 : 7 : 0), die Annahme des Einzelplans 03 zum Haushaltsgesetz 2021 in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung zu empfehlen.

Hinsichtlich des Finanzplanes des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) sowie der Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifenden Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) empfiehlt der Ausschuss für Inneres und Kommunales die Kenntnisnahme.

## Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Einzelplan 03 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 03)
- Anlage 2: Änderungsanträge der Fraktionen
- Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Abstimmungsergebnisse



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Parlamentarische  
Kontrollkommission

Vorsitzende des  
Ausschusses für Haushalt und Finanzen  
Frau Marianne Spring-Räumschüssel, MdL

Die Vorsitzende

im Hause

Datum: 2. November 2021

**Billigung des Wirtschaftsplanes für das Haushaltsjahr 2022 für die Verfassungsschutzbe-  
hörde des Landes Brandenburg, Einzelplan 03, Kapitel 03 020,  
Titel 536 10**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

die Parlamentarische Kontrollkommission hat in ihrer 14. (Sonder-) Sitzung am 2. November 2021 gemäß § 18 Absatz 1 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 den Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2022 für die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg, Einzelplan 03, Kapitel 03 020, Titel 536 10, in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung gebilligt.

Mit freundlichen Grüßen

Marlen Block  
Stellvertretende Vorsitzende der PKK